

Beschluss:

1. Der Stadtrat nimmt die Ausführungen des Direktoriums, Stadtarchiv zur Kenntnis.
2. Das Stadtarchiv wird beauftragt, ein Interessenbekundungsverfahren zur Digitalisierung der Personenstandsregister und Polizeimeldebögen durchzuführen.
Anschließend werden die Ergebnisse aus diesem Verfahren und das weitere Vorgehen dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.
3. Das Stadtarchiv wird beauftragt, zum Schutz der für die Stadt- und Personengeschichte unverzichtbaren Unterlagen der Bestände "Standesamt München (STANM)", "Standesamt Pasing (STANP)" und "Polizeimeldebögen (PMB)" eine Dienstleistungskonzessionsvereinbarung, die die kostenfreie Digitalisierung dieser Archivbestände im genannten Umfang, eine kostenfreie datenschutzrechtliche Kontrolle der Geburts- und Heiratsregister und der Polizeimeldebögen sowie die kostenfreie Erstellung von Namensindizes zum Inhalt hat, abzuschließen.
4. Das Stadtarchiv München wird beauftragt, der dienstleistenden Konzessionsnehmerin bzw. dem dienstleistenden Konzessionsnehmer begrenzte Nutzungsrechte an den Digitalisaten einzuräumen.
5. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

Die endgültige Beschlussfassung erfolgt in der Vollversammlung des Stadtrats.